

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, II. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)
 Hauptkassierer: Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, II, an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind
 und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).
 Redaktion: Berlin O. 27, Andreasstr. 61, II. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076. Expedition: Chemnitz, Uferstr. 14, part. Telephon: Chemnitz, Nr. 4102.

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. —
 Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Petitzeile. Blattbestellungen, Inserate und Bezugsgelder sind an Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstr. 14, zu senden.

Nr. 46. Auflage 98 000 Chemnitz, Freitag den 16. November 1906. Auflage 98 000 18. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen Unternehmern und Webern und Weberinnen in Grotz (Müller & Kaufmann), Bahr (Waden), Posamentierern in Elberfeld-Barmen, Offenbach a. M., Webern, Seidenwebern in Hünningen (C. Uhde), Teppichwebern in Stralau-Kunimelsburg (M. Proßen & Sohn), in Delsnig i. B. (Koch & te Rod), in Auerbach i. B. (Lange & Co., U. G.), Textilarbeitern aller Art in Mühlhausen i. G., Korbhach a. Bodensee (Schweiz), Kirchberg i. S., Lambourierern in Plauen i. B., Buntwebern in M. Gladbach (Hellingner & Pöcher), Drudern in Meerane, in Erlangen (Baumwollspinnerei), Bandwirtern in Ronsdorf.
 Wegen eines permanenten Kampfes zwischen der Unternehmer- und der Arbeiterorganisation ist jeder Zugang nach Landeshut in Schlesien zu unterlassen. — In Neustadt a. d. Orla sind noch Gemahrgeselle vorhanden.

Textilarbeiter- und Arbeiterinnen, beteiligt auch an den Wahlen der Vertreter zu den Krankentassen!

Belanntmachung des Zentralverbandes

Liste der Ausgeschlossenen betreffend.

Die Generalversammlung hat den Vorstand beauftragt, eine Liste der ausgeschlossenen Mitglieder zu führen. In Konsequenz dieses Beschlusses muß notwendig auch die Bekanntgabe der erfolgten Ausschüsse an die Mitglieder durch den Vorstand im Nachhinein erfolgen. Um unliebsamen Verwechslungen vorzubeugen, ist die genaue Angabe der Personalleisten durch die Ortsverwaltungen unerlässlich. Wiederholt schon haben wir entsprechende Aufforderungen an die Zahlstellen ergehen lassen. Leider sind diese fast durchweg unbeachtet geblieben. Wir fordern deshalb die Ortsverwaltungen nochmals auf, bei allen Ausschlußmeldungen Nachstehendes gewissenhaft anzugeben: Stamm-Nummer des Ausgeschlossenen, Zu- und Vorname, Geburtstag, -Jahr- und -Ort, Beruf (ob Weber, Spinner etc.), Datum des Eintritts in den Verband, Datum des Ausschlusses, Ursache des Ausschlusses (Benennung der Bestimmung des Statuts, auf Grund deren der Ausschluß erfolgte, und nähere Angaben über die Verletzung des Ausschlossenen). Wir bemerken dabei, daß, wenn für die Zukunft auch diese Aufforderung unbeachtet bleibt, wir nicht in der Lage sind, den Beschluß der Generalversammlung durchzuführen. In diesem Falle würde der Zentralvorstand genötigt sein, zu prüfen, ob es nicht ratsam ist, bezüglich der Ausgeschlossenen in der bisherigen unzulänglichen Weise zu verfahren. Der Zentralvorstand.

Wegen des Buftages muß mit dem Druck der nächsten Nummer einen Tag früher als sonst begonnen werden, was unsre geehrten Korrespondenten gefl. beachten wollen. Die Redaktion

Die neuen Verbandsgesetze.

Es dauert nur noch einige Wochen, bis die neuen Bestimmungen, welche die Generalversammlung des Verbandes in Mühlhausen i. Th. für unser inneres Verbandsleben festsetzte, in Kraft treten. Vom 1. Januar 1907 ab wird ihre Anwendung erfolgen. Bis zu dieser Zeit sollen also auch die Mitglieder unseres Verbandes über die Ursache und das Wesen dieser zum Teil sehr tief einschneidenden Änderungen unterrichtet sein, damit sie beim Inkrafttreten der Bestimmungen in Interesse ihrer Existenz keine Fehler begehen. Den Verbandsfunktionären ist vor einigen Tagen der „Textil-Arbeiter“ zur Führung der Verbandsgeschäfte zugesandt worden. Dieser Leitfaden ist ein ganz guter Kommentar der neuen Verbandsbestimmungen, und es ist dringend zu empfehlen, daß die Ortsverwaltungen dieses Heftchen genau studieren und nicht wieder, wie es leider vielfach geschieht, unbeachtet zur Seite legen. Denn das mag gleich von vornherein gesagt werden: Die Geschäftsführung erfordert durch die neuen Bestimmungen über die Art der Beitragsleistung eine noch größere Umsicht als bisher. Nichtabwendbar kann sich aber jeder Verbandsfunktionär sehr leicht dieser Umsicht aneignen, wenn er sich eben nicht Mühe und den Leitfaden zur Führung der Verbands-geschäfte gründlich liest. Unter diesem Studieren ist nicht nur zu verstehen, daß man den Inhalt der Bestimmungen nicht über den Namen mit den verschiedenen Paragraphen experimentiert, um durch diese Verträge eine gewisse Ver-

tigkeit zu gewinnen. Das richtigste ist es jedenfalls, wenn die Vorstandsmitglieder gemeinsam mit den Revisoren und Fabrikvertrauensleuten eine Sitzung abhalten und darin die Bestimmungen in dem Leitfaden zur Verlesung bringen. Die ganze Geschäftsführung kann dabei besprochen werden, und wenn der eine oder andere über irgend etwas nicht ins Klare kommt, dann können es ihm die anwesenden Kollegen durch gegenseitige Aussprache erklären. Jedenfalls ist es dringend notwendig, daß die Ortsverwaltungen die in demselben tätigen Kollegen aufs genaueste mit den in dem Leitfaden enthaltenen Ausführungsbestimmungen der neuen Verbands-Gesetze vertraut machen. Denn je umfassender die Kenntnis über diese Ausführungsbestimmungen bei den örtlichen Verbandsfunktionären (Vorstände, Kassierer, Unterassistenten, Revisoren und Fabrikvertrauensleuten) sein wird, umso weniger unliebsame Reklamationen wegen falscher Information der Mitglieder werden erfolgen, und umso leichter wird sich dann die Geschäftsführung überhaupt gestalten. Man lese und studiere also den Leitfaden! Und da in den nächsten Wochen ja die Wahlen stattfinden, so möge auch die eventuell neugewählten Mitglieder diese dringende Mahnung beherzigen.

Was nun die neuen Verbandsbestimmungen selbst anbetrifft, so ist zu bemerken, daß wir es hier mit einer grundlegenden Änderung zu tun haben. Es ist dies die Einführung des Staffelsystems, welches sowohl bei der Beitragsleistung, sowie auch bei der Unterstützungserhebung in Anwendung kommt.

Betrachten wir zunächst einmal die Beitragsleistung. Bisher bezogen die Beiträge pro Woche 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder, und manche Kollegen gab es, die da meinten, unser Verband marschiere mit seiner Jahreseinnahme an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Nachstehende Tabelle aber zeigt, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Pro Kopf der Mitglieder berechnet, hatten die freien Zentralverbände an Jahreseinnahme 1905:

Beruf	Mit.	Beruf	Mit.
Notenstecher	58,95	Safenarbeiter	19,87
Buchdrucker	55,67	Schuhmacher	19,78
Buchdrucker (Eisen-Verdrängen)	47,40	Bäder	19,73
Bildographen	44,32	Leberarbeiter	19,31
Bildhauer	42,55	Bergolber	18,23
Formstecher	36,87	Glasarbeiter	17,22
Wäschearbeiter	35,16	Seileute	16,99
Hutmacher	29,49	Werkarbeiter	16,87
Handschuhmacher	28,83	Portefeulleter	16,80
Zigarrensortierer	27,84	Schiffszimmerer	16,59
Porzellanarbeiter	27,06	Handels- und Transport-	
Zimmerer	25,88	arbeiter	16,49
Kupfer- und Eisen-	25,10	Barbiere	16,45
Lapezierer	24,89	Rührer	15,35
Stuckateure	24,41	Glasler	15,32
Tabakarbeiter	24,38	Schmiede	15,31
Porzellanarbeiter	23,05	Joistmüller	15,30
Metallarbeiter	22,06	Gärtner	14,80
Töpfer	22,39	Steinarbeiter	14,13
Bauarbeiter	21,96	Fabrikarbeiter	13,74
Graneure	21,84	Lagerhalter	13,66
Sattler	21,55	Schneider	12,91
Maler	21,49	Kombitoren	12,44
Müller	21,21	Böttcher	12,15
Buchbinder	21,07	Bureauangestellte	12,05
Gastwirtsgehilfen	20,96	Textilarbeiter	11,73
Seilseher	20,46	Gemeindearbeiter	11,40
Apphaleure	20,43	Fleischer	10,87
Brauerarbeiten	20,11	Waldhütten	10,79
Maurer	20,06	Bergarbeiter	10,13

Die Textilarbeiter marschieren also mit ihrer Beitragsleistung nicht an der Spitze, sondern hinten am Ende der Gewerkschaftsbewegung. Diese Erkenntnis ist zwar einer erheblichen Anzahl Kollegen nicht erst heute und gestern gekommen, sondern sie ist schon seit Jahrzehnten vorhanden. Schon auf der Generalversammlung des Verbandes in Gera, im Jahre 1898, war die Meinung vertreten, daß zur Führung der Kämpfe, wie sie den deutschen Textilarbeitern bevorstehen, ganz andere Beiträge notwendig seien, wie die bisher bezahlten. Wer eben nichts in den Loff hinein tue, könne auch nichts herausnehmen. Unsere Kollegen mögen nur einmal betrachten, was andere Verbände an Verbandsgeldern bekommen.

Es bezahlen Wochenbeiträge: Bäcker 60 Pf., Bildhauer 66, Buchdrucker 110, Bildographen 120, Maler und Anstreicher 60, Maurer 80, Metallarbeiter 50, Porzellanarbeiter 85, Schuhmacher 50, Seileute 100, Stuckateure 50, Tabakarbeiter 75, Tapezierer 50, Zigarrensortierer 90, Zimmerer 75.
 Die Anstreicher, Schuhmacher, Tabakarbeiter und Tapezierer, die doch zum erheblichen Teil wirtschaftlich ebenso schlecht gestellt sind wie die Textilarbeiter, bezahlen also bedeutend höhere Beiträge. Dazu aber kommt hinzu, daß diese Berufe, mit Ausnahme der Metallarbeiter, Maurer, Bergarbeiter und

allenfalls noch der Schuhmacher, es mit keinem so kapitalkräftigen Unternehmertum zu tun haben wie wir, und daß die Kämpfe, welche, mit Ausnahme der bezeichneten vier Verbände, bei ihnen stattfinden, in den allerletzten Fällen einen solchen Umfang annehmen, wie das in der Regel bei uns in der Textilindustrie der Fall ist. Wir haben in diesem Jahre doch nur lauter sogenannte kleine Kämpfe gehabt. Kein Kampf war darunter, wie derjenige aus dem Thüringer Gebiet im vorigen Jahre, und trotzdem sind unsere Ausgaben für Streiks in den drei Quartalen dieses Jahres nicht zu knapp. Es wurden insgesamt für Streiks vom 1. Januar 1906 an bis zum 30. September 1906 allein aus der Hauptkasse ausgegeben: 344 579 Mk., welche sich auf 38 Orte verteilten. Aber, trotzdem diese Summe sich gewiß sehen lassen kann, sie würde sich um das Doppelte erhöhen, wenn der Verband allen Verpflichtungen nachkommen könnte, die an ihn gestellt werden.

Wie anders, ganz anders sind doch inzwischen die Dinge geworden. Bei der Beitragsdebatte auf der Generalversammlung in Gera vertrat der Kollege Klapp aus Elberfeld die Ansicht, daß es zur Führung des Klassenkampfes keiner besonders hohen Beiträge bedürfte. Damals stellte man sich noch zum großen Teil auf den Standpunkt, daß das Hauptelement in einem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen der Idealismus sein müsse. Wo dieser Idealismus als antreibende Kraft fehle oder nicht genügend stark vorhanden sei, da sei ein Kampf nicht erfolgreich zu führen. Und gewiß, der Idealismus muß im wirtschaftlichen Kampfe vorhanden sein, aber sein Vorhandensein allein verhilft heute nicht mehr oder nur sehr selten zum Siege. Die Textilarbeiter haben gewiß in ihren Kämpfen bisher stets eine starke Dosis Idealismus besessen, und wir hoffen, daß dies auch in Zukunft weiter so bleibt. Aber durch die Verteuerung der Lebenshaltung häuften sich immer mehr die Klagen, daß es unmöglich sei, mit den bisherigen Unterstützungssätzen bei Streiks auszukommen. Man darf eben nicht verkennen, daß mindestens 90 Prozent unserer Kollegen nur von der Hand in den Mund leben. Der Lohn ist so gering, daß sie meist nicht das Nötigste damit beschaffen und viel weniger etwas davon erübrigen können. Sind diese Kollegen gezwungen, einen Kampf zu führen, so sind sie trotz allem Idealismus, trotz aller Begeisterung meist sofort auf die Streikunterstützung angewiesen. Wie aber sollten sie bei den jetzigen Lebensmittelpreisen mit 6—8 Mk. Unterstützung auskommen? Wir haben nicht wenig Orte, wo ein lediger Arbeiter für Kost und Logis 9—12 Mk. pro Woche bezahlen muß. Die bisherige Unterstützung reicht also häufig garnicht für einzelne Personen, was sollten da erst die Familien anfangen? Wenn es sich nur um eine oder zwei Wochen handelt, dann geht es ja schließlich. Aber man sehe sich nur unsere Kämpfe an. Die Kämpfe in Lambrecht, Bramsche, GutsMuths, Colmar, Kunimelsburg und anderen Orten, sie haben 3, 4 bis 6 Monate gedauert. Es ist eben eine sehr verhängnisvolle Klusion, der sich noch viele Kollegen bezüglich der Dauer unserer Kämpfe hingeben. Es ist ja gewiß eine recht lobenswerte Sache, wenn sich die Kollegen in ihren Kämpfen gegenseitig Mut machen. Aber man soll diese Ermutigung nicht mit trügerischen Mitteln betreiben. Wie oft kann man da hören, wie einem die Kollegen als ihre feste Überzeugung versichern, daß der zu beginnende oder eben begonnene Kampf nur von ganz kurzer Dauer sein werde. Höchstens eine oder zwei Wochen — dann haben wir gefiegt. Der Unternehmer will bloß sehen, ob wir Ernst machen. Wenn der erst gesehen haben wird, daß wir unterstützt werden, dann gibt er sicher nach usw. Solche Redensarten hört man bei jedem Streit, und in der Regel werden aber die Dinge ganz anders, als wie sie prophezeit wurden. Dehnt sich dann der Kampf in die Länge, dann ist die Enttäuschung und mit ihr die Ratlosigkeit da. Es ist deshalb ganz falsch, wenn sich die Kollegen einreden, der Kampf werde nur von kurzer Dauer sein. Nein! Wenn man um einen Kampf nicht herum kommt, dann rüfte man sich, als ob der Kampf 6 Monate und länger dauern werde! Und zu dieser Klusion gehört hier in erster Linie die genügende Verproviantierung der Kämpfer.

Einzelne Ortsverwaltungen hatten sich bisher dadurch zu helfen gesucht, daß sie neben dem Verbandsbeitrag noch einen Lokalbeitrag erhoben und aus diesem dadurch beschaffenen Lokalfonds die Verbandsunterstützung bei Streiks um einige Mark erhöhten. So erhoben beispielsweise die Delegierten in Berlin neben dem Verbandsbeitrag noch 45 Pf. Lokalbeitrag. Sie zahlten also insgesamt 75 Pf. pro Woche. Wenn aber im Verbands geordnete Verhältnisse herrschen sollen, so mußte mit dieser Maßregel aufgehört und etwas Ganzes geschaffen werden. Die Überzeugung drängte sich bei der letzten Generalversammlung in Mühlhausen fast allen Delegierten auf, daß es mit den bisherigen Einnahmen der Organisation vollständig unmöglich werden würde, den an sie gestellten Anforderungen nachzukommen. Ganz mit Recht wurde gesagt, daß es ein unhaltbares

Zustand sei, den Verband, der in Bezug auf die Mitgliederzahl sich zu einem kräftigen Burtschiff entwickelt hätte, in eine vollständig unzureichende finanzielle Lage zu zwängen. Auch wir müssen unsere Kollegen davon überzeugen, daß es unmöglich so weiter gehen kann wie bisher, wo sich die Ausgaben immer nach den Einnahmen richten mußten. Wird der Verband größer, dann vermehren sich seine Reibungsflächen. Seine Bedürfnisse steigen. Die Kollegen, welche der Organisation beitreten, tun es, um sich ihre Existenz gegen die Verbräute des Unternehmertums zu sichern. Sollen nun das Vertrauen dieser Kollegen in die Organisation nicht erschüttert werden, dann muß auch die Organisation in der Lage sein, die Existenz dieser Kollegen energisch in Schutz zu nehmen. Das kann sie aber nur, wenn ihr die Kollegen auch genügend Mittel zuführen.

Schon seit Jahren haben einzelne Kollegen und Ortsvereinigungen auf die mangelhaften Mittel der Organisation hingewiesen und Vorschläge gemacht, wie diesem Mangel abgeholfen werden könne. Aber immer begegneten diese Vorschläge bei einem Erheben unserer Kollegen einem heftigen Widerstand. Wenn eine Erhöhung der Beiträge vorgenommen werden sollte, dann erhoben sich immer eine Anzahl Kollegen, welche dies gleichbedeutend fanden mit der Vernichtung der Organisation. Man sagte, es werde in den rückständigen Gegenden den Arbeitern nicht möglich werden, die Beiträge zu zahlen, weshalb die Organisation zu Grunde gehen müsse. Das Gegenteil dieser Schwarzseherei ist eingetroffen, und manches würde noch besser gegangen sein, wenn die Schwarzseher nicht gar so viel geschrien hätten.

Die ganze Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, und nicht zuletzt die Geschichte unseres Verbandes, zeigt, daß die Mitgliederflucht zu der Zeit am größten war, wo niedrige Beiträge gezahlt wurden. Das ist eigentlich auch ganz erklärlich. Der Verband war eben damals nicht, was er vorgab, zu sein. Er gab vor, ein Schutzwall zu sein gegenüber dem Ausbeutertum, er versicherte, die Mitglieder zu schützen, wenn sie von dem Unternehmerterrorismus in ihrer Existenz bedroht werden sollten. Wenn er aber dann die Probe aufs Exempel machen sollte, dann schloßten sich die Mitglieder dem Verbande nicht an, sondern schloßten sich den Rücken zu. Die Folge eines solchen besorgniserregenden Zustandes mußte sein, daß die Mitglieder der Organisation enttäuscht den Rücken kehrten. Es ist kein Wunder, wenn schließlich die Meinung auftrat, daß sich weiter Mitglieder, daß die Gewerkschaftsbewegung nichts ist. Jene Mitglieder aber, welche dem Verbande den Rücken kehrten, weil er sie nicht schützen konnte, sie sind für die Organisation viel schwerer wiederzugewinnen, wie jene, welche aus Versehen der Verhältnisse weichen, weil sie einen höheren Beitrag zahlen sollten, aus dem Verbande austraten. Letztere sind zum großen Teil nach kurzer Zeit wieder in die Reihen der Organisation zurückgekehrt, und gar manches Mitglied hat später seinen Austritt bitter bereut. Viele solcher Austritte wären unterblieben, wenn jene falschen Propheten nicht ein so großes Geschrei über die Unmöglichkeit der höheren Beitragsleistung erhoben hätten.

Wenn wir hier auf diese Vorgänge zurückkommen, so geschieht es, um die Kollegen zu ermahnen, jetzt, wo die Frage unserer Beitragsleistung auf uns ruht, in einem noch weit umfangreicheren Maße wie bisher zur Debatte gestellt wird, nicht wieder in denselben Fehler zu verfallen. Sie dienen mit einer solchen Schwarzseherei weder der Organisation, noch den einzelnen Kollegen. Im Gegenteil! Gar manche Klage ist uns zu Gehör gekommen, in der uns versichert wurde, daß man sich durch das Geschrei über die hohen Beiträge zum Austritt hatte verleiten lassen und nun durch Verlust der bisherigen Mitgliedszeit schwer geschädigt sei.

Trotzdem also, wie die Geschichte unseres Verbandes beweist, unsere Organisation durch die Beitragsveränderungen nicht nur keinen Schaden in ihrer Gesamtentwicklung erlitt, sondern im Gegenteil unerwartete Fortschritte machte, hat man doch in Mühlhausen auf der Generalsammlung das Bestreben, die notwendigen Operationen, welche vorgenommen werden müssen, um dem Verband eine gesunde finanzielle Unterlage zu schaffen, möglichst schmerzlos zu gestalten. Ein großer Teil der Mitglieder ist von der Notwendigkeit höherer Beiträge derart überzeugt, daß sie die Vornahme der Erhöhung nicht mehr länger hinauszuschieben wollen, während es in einigen Gegenden noch schwer ist, die dortigen Arbeiter von der Notwendigkeit hoher Verbandsbeiträge zu überzeugen. Beiden Richtungen sollte Rechnung getragen werden, und deshalb einigte sich die Generalsammlung in Mühlhausen im Prinzip auf folgenden Beschluß:

„Da ein immerhin erheblicher Teil der Verbandsmitglieder die dringende Notwendigkeit einer Verbesserung der finanziellen Grundlage unserer Organisation anerkennt, um in den wirtschaftlichen Kämpfen mit dem Kapital widerstandsfähiger auftreten zu können und demzufolge auch bereit ist, höhere Beiträge zu zahlen, in fernerer Erwägung, daß die Einführung stufenweiser Beiträge ein ausgezeichnetes Mittel sein würde, die Mitglieder allmählich zu einer höheren Beitragsleistung zu erziehen, beschließt die Generalsammlung, die Beiträge fakultativ nach Klassen zu erheben.“

Wir glauben, daß der hier eingeschlagene Weg recht bald alle Mitglieder zu höchster Opferbereitschaft wecken wird und man auch bald von der Organisation der Textilarbeiter mit Stolz wird sagen können: „Seht die armen Sklaven des Textilkapitals, sie haben aus eigener Kraft durch ihren Opfereifer und Idealismus sich eine achtunggebietende, kraftstrotzende Organisation geschaffen, welcher die Textilarbeiter Deutschlands die Wahrnehmung ihrer Rechte in allen Wechsellagen des Kampfes ums Dasein anvertrauen können.“

In nächster Nummer werden wir uns diesen Weg etwas eingehender betrachten.

Der Goldstrom steigt!

Der ausgezeichnete Geschäftsgang in der deutschen Textilindustrie hat den Goldstrom, der sich nun schon seit zwei bis drei Jahren in die Tresors der Unternehmer ergießt, zu noch weiterer Steigerung gebracht. Es ist ganz gleich, welche Platzpreise unserer Industrie in die Hände nimmt, aus allen Wäldern ist zu ersehen, daß es zurzeit kein lukrativeres Geschäft gibt, als dasjenige, welches unsere Textilbarone machen. Wenn man diese Berichte liest, so könnte man fast glauben, vor einer Zeit zu stehen, wo, aus irgend welchen Ursachen, auf lange hinaus keine Textilprodukte mehr produziert werden sollten. Wird doch gemeldet, daß in den Roh- und Weißwebereien schon Verkäufe für das erste Quartal 1908 getätigt worden sind. Ob das ein gesunder Zustand ist? Die einen behaupten es, während es die anderen verneinen. Nun, was uns anbetrifft, so möchten wir uns wohl eher denen anschließen, welche die Ansicht vertreten, daß die Ursache der tollen hausse die gegenwärtig besteht, weniger auf die vorhandene Warenknappheit zurückzuführen ist, als darauf, daß sich die Käufer in der Befürchtung, keine Ware zu bekommen, unnötig gegenseitig treiben und die Webereien dadurch verketten, den Käufern gegenüber in wenig kulantere Weise aufzutreten. Gewiß, das beunruhigt wir nicht: eine Warenknappheit besteht, aber so dauernd nachhaltig ist die Differenz zwischen Produktion und Bedarf jedenfalls nicht, daß zum Ausglick derselben eine ganze Jahresproduktion der deutschen Textilindustrie verwandt werden müßte. Früher wurde höchstens ein halbes Jahr im voraus gekauft. Heute aber ist, wie gesagt, schon die ganze Produktion der Webereien für das Jahr 1907, verkauft, und man beginnt schon die Produktion für das erste Quartal 1908 zu verkaufen.

Hierbei muß man jedoch bemerken, daß noch bedeutend mehr Verkäufe abgeschlossen werden würden, wenn nur die Webereien für so weit hinaus Garne verkauft bekämen. Letzteres geschieht nur in den seltensten Fällen. Denn man bezweifelt nur, was das heißt, im November 1906 Garntäufe für Januar—März 1908 abzuschließen! Dazu geben sich die Spinnereien nicht her, weil sie sich mit Rohmaterial nicht so weit hinaus versorgen können. In den Garnen — wir haben es hier in erster Linie mit Baumwolle zu tun, obgleich auch in den anderen Branchen ein guter Geschäftsgang vorhanden ist —, die in den Monaten Januar—März 1908 geliefert werden, befindet sich doch schon zu großer Teil Rohbaumwolle der Ernte 1907. Und jetzt erntet man noch immer an der Ernte 1906. Nach den neuesten Schätzungen soll dieselbe im Höchstfalle 11½ Millionen Ballen ergeben. Das würde allerdings ein ungünstiges Erntergebnis sein. Man hatte doch auf mindestens 13—14 Millionen Ballen gerechnet. Indessen wir glauben, daß selbst wenn die Ernte nur 11—12 Millionen Ballen ergeben sollte, eine direkte Baumwollnot noch nicht eintreten würde, weil wohl noch Rohbaumwolle aus vorjähriger Ernte in den Händen der Farmer ist. Andererseits kann man schon heute sagen, daß wir wohl auf längere Zeit hohe Baumwollpreise haben werden.

Wenn also nun auch, wie gesagt, eine Warenknappheit vorhanden ist, und die in Aussicht stehende Baumwollernie in Amerika erkennen läßt, daß wir stabile Preise für Rohbaumwolle behalten, so daß der Kaufmann zum mindesten bis zur nächsten Ernte kaufen könnte, so zeigen doch die Käufe aus weiter hinaus, daß hier kein gesunder Realismus, sondern Spekulation betrieben wird. Die Webereien, namentlich in Roh- und Weißwaren, sind in der angenehmen Lage, nicht nur die Preise, sondern auch die Lieferungsbedingungen diktieren zu können. Jetzt, in den Zeiten, wo sie auf ein Jahr mit Aufträgen versehen sind, können sie sich das schon leisten. Raft dem Käufer das Angebot nicht, nun dann kann er es schließlich lassen. Kommt er aber dann wieder, weil er schließlich nirgends vorteilhafter kaufen konnte, dann oktroyiert man ihm noch höhere Verkaufspreise. Wie das gemacht wird, wie die Webereien den Käufer heute nicht nur die Verkaufsbedingungen, sondern auch sogar das Quantum vorschreiben, das wird von einem solchen Käufer in der Nr. 44 des „Konfektionärs“ in folgender Weise geschildert:

Jeder der Branche Fernstehende würde die berechtigte Frage aufwerfen: „Wer kann die Käufer gegen ihren Willen zwingen?“ Aber darin eben liegt das Unerwünschte in den jetzigen Verhältnissen der Baumwollbranche. Der frühere Verkehr zwischen Käufer und Verkäufer ist vollständig umgekehrt worden. Dem Käufer wird jetzt lediglich die Frage vorgelegt: „Mißt du dich an der Spekulation für dieses oder jenes Quartal beteiligen oder nicht?“ — Antwortet er „nein“ — dann erhält er überhaupt keine Ware, wenn er auch schon 20 Jahre oder länger ein treuer und regelmäßiger Kunde der betreffenden Weberei ist. Erlaubt sich gar der Käufer ¼ Prozent zu bieten als die Weberei fordert, dann erhält er entweder in dem betreffenden Quartal überhaupt keine Ware, oder er muß am nächsten Tage als Strafe für seine Unvorsichtigkeit ½ Prozent mehr bezahlen! Das hat sich in den letzten Wochen nicht einmal, sondern öfters abgepielt. In 2 bis 3 Tagen wurde von den Webereien die Produktion eines Vierteljahres verkauft, und über die wenigen Tage nicht zum Kaufen benutzte, hatte das Nachsehen.

Wir waren also gezwungen, die geforderten hohen Preise zu bewilligen, oder wir mußten riskieren, ohne Ware zu bleiben. Mühten wir es uns doch auch gefallen lassen, daß die Webereien unsere Aufträge ganz nach ihrem Belieben reduzierten, und selbst dann, als die Käufer für das neue Vierteljahr eben erst einsetzten, wurden die Quantitäten neben Kunden gemessen. Wer 6000 Stücke bestellen wollte, erhielt nur 4000 Stücke oder noch weniger bewilligt.

An dieser Notiz können einmal unsere Kollegen sehen, wie es die Webereibesitzer verstehen, ihre Schächten zu sichern. Wir haben gewiß nichts dagegen, wenn man die Gelegenheit benützt, um bessere Preise für die Fertigfabrikate zu bekommen. Aber wogegen wir uns wenden, das ist die Unverschämtheit, mit der die Unternehmer den Arbeitern gegenüber behaupten, sie müßten die Waren zu billig verkaufen und deshalb verdiensten sie nichts. Die Arbeiter dürfen nur kommen und eine Verbesserung der erbärmlichen Löhne verlangen, sofort heißt es, daß man nichts verdienen, sondern die Ware nur anfertigen, um den Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen. Wir könnten hier sofort eine ganze Liste von Unternehmern nennen, welche in letzter Zeit solche Behauptungen aufgestellt haben. Werden denn die Arbeiter noch länger diesen unwahren Tatsachen Glauben schenken?

In einer Zuschrift aus München-Glabbad wird berichtet, daß die Rohweberei, soweit sie sich mit Garnen einkaufen können, ihre Verkäufe fortsetzen. Natürlich aber werde — so heißt es — kein Geschäft ohne auskömmlichen Fabrikationsgewinn abgeschlossen. Ja sogar, nachdem in den letzten Tagen der Preis für Rohbaumwolle etwas heruntergegangen ist, haben die Webereien ihre alten höheren Preise beibehalten. Wenn die Dinge so liegen, dann meinen wir, ist es wohl an der Zeit, daß man einmal an die Arbeiter denkt. Die ganze Zeit hat die Unternehmerpresse über den Mangel an Arbeitern in der Textilindustrie gemurmelt. Nun, unseres Erachtens ist dieser Arbeitermangel sehr erklärlich. Man sehe sich nur einmal die standalös niedrigen Löhne der Textilarbeiter an und stelle sie in Vergleich mit den Löhnen der meisten anderen Berufe, dann hat man die Ursache des Arbeitermangels. Schulpflichter werden wohl kaum deutsche Arbeiter behandelt, wie die Textilarbeiter von den Unternehmern behandelt werden. Wir erinnern nur an die Vorgänge in Crimmitschau, Thüringen, Reichenbach i. Schl., Landeshut, Mühlhausen i. G., im Wiesental usw. Ist es angeht dieses Unternehmerterrorismus, der Hunderte und Tausende tüchtiger Leute dem Verhungern preisgibt, ein Wunder, wenn sich die Arbeiter immer mehr aus der Textilindustrie zurückziehen? Will man dem Arbeitermangel steuern, dann erhöhe man die Löhne und sorge für menschenwürdige Behandlung. Aber an die Arbeiter denken die Unternehmer in der Regel nur, wenn sie die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen noch erbärmlicher gestalten wollen. Da wird es an der Zeit, daß die Textilarbeiter einmal etwas nachhaken. Auf die letzten Jahre werden zweifellos früher oder später die mageren folgen, und letztere werden für die Arbeiter umso magerer sein, je fetter die jetzigen für die Unternehmer sind. Wir können die Textilarbeiter an allen Orten nur dringend auffordern, jetzt und in den nächsten Monaten ihr Fußvolk zu halten, um die noch vorhandene günstige Geschäftslage zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung auszunutzen. Wie lange diese gute Ge-

schäftskonjunktur noch anhalten wird, das läßt sich schwer sagen. Nach den bisherigen Erfahrungen, die wir mit der privatkapitalistischen Produktionsweise gemacht haben, kann sich der Sturm ganz plötzlich erheben und das wirtschaftliche Unwetter über uns hereinbrechen. Auf ein Jahr hinaus — im wirtschaftlichen Leben nur eine sehr kurze Spanne Zeit — läßt sich ja nun voraussehen, daß der Goldstrom noch in seiner bisherigen Höhe dahinfluten wird. Diese Zeit muß nun auch von unseren Kollegen an allen Orten zum fieberhaften Ausbau der Organisation und zum Kampfe um menschenwürdige Existenzbedingungen benutzt werden.

Aus dem Sumpfe der katholischen Fachabteilungen.

Wenn der Junge Tag am frühen Morgen den grauen Nebelschleier zur Seite zu schieben beginnt, um seinem Bräutigam, der alles belebenden, alles erfreuenden Sonne, die Bahn frei zu machen, damit sie ihren goldenen Strahlenschein zur Erde senden kann, dann können wir allerorten die Beobachtung machen, daß allerhand lichtscheues Getier schnell die Schaulust seiner Tätigkeit verläßt, um zum Teil mit fürchterlichem Getöse, die vordringenden Sonnenstrahlen zu entfliehen und die unsauberen, finsternen Schlupfwinkel aufzuzuchen. In diesen finsternen Schlupfwinkeln dieser Kreaturen gewöhnlich, bis die Sonne ihr Tagewerk vollbracht hat, und erst dann, wenn die Finsternis ihre Schatten über die Erde gebreitet hat, dann kommen sie hervor, um ihre lichtscheue Tätigkeit von neuem zu beginnen. Ueberrascht man sie bei dieser Tätigkeit und beleuchtet ihr Tun, dann suchen sie in der Regel sofort unter fürchterlichem Getöse ihre finsternen Schlupfwinkel wieder auf und lassen von dort aus, zum Zeichen ihres Argers, ihre Unkenrufe ertönen.

Diese Eigenschaft von dem lichtscheuen Getier scheint sich auch jene Spezies von Menschen angeeignet zu haben, die unter dem Namen „Verband der katholischen Arbeitervereine“ (Sitz Berlin) in dem großen kapitalistischen Sumpfe herumwaten. Die Leute wollen zwar Christen, Nachfolger jenes Menschensohnes, der nicht einmal hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte, und der auch nicht wollte, daß man Schätze sammle, welche die Mitter und der Rost freisen, er aber ihr ganzes Tun und Trachten ist darauf gerichtet, daß der heutige Zustand erhalten bleibe, bei dem immer mehr Menschen durch die kapitalistische Ausbeutung dazu gebracht werden, daß sie trotz aller Neiges oft nicht wissen, wo sie das Nötigste zum Leben hernehmen sollen, während die Reichen köstliche über Schätze sammeln.

Mit dem trügerischen Lockmittel, das Seelenheil der katholischen Arbeiter sei in Gefahr, wenn diese sich mit ihren anders denkenden Kollegen darüber verständigen, zu welchem Preise und unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeitskraft verkaufen wollen, schleichend sich diese Drahtzieher der Finsternis an die Arbeiter heran und suchen sie für ihre die Interessen der Arbeiter schädigenden Zwecke einzufangen. Gelingt es ihnen an einem Orte, eine Anzahl Arbeiter zu betören und in Garn zu locken, dann werden diese nach allen Regeln demagogischer Verdrehungskünste solange bearbeitet, bis es gelungen ist, den Fanatismus gegen ihre anders denkenden Kollegen zu entfachen und dadurch einen unheilvollen Riß in die so notwendige Einigkeit der Arbeiter zu bringen.

Diese Taktiken waren es, welche vor kurzer Zeit den „Textilarbeiter“ veranlaßten, die lichtscheue Tätigkeit der schwarzen Gimpelfänger etwas zu beleuchten. Diese Beleuchtung hat natürlich in dem Streikbrecherjunge große Beunruhigung hervorgerufen. Wie wir aus dem „Korrespondenzblatt“ der schwarzen Streikbrecherjünger vom 14. Oktober 1906 ersehen, scheint die bei ihnen eingetretene Verwirrung der Sinne geradezu eine verheerende Wirkung angenommen zu haben, denn der geistige Schwundel-Wirbel, der dort zu Tage gefördert worden ist, sinkt tatsächlich zum Himmel. Unter anderem steigt in jenem Streikbrecherjunge folgende Stinkblase in die Höhe:

„... Etwas Bescheidenheit wäre hier sicher am Platze. Der Textilarbeiterverband ist am allerwenigsten berechtigt, unsere Grundsätze bei den katholischen Arbeitern als unbrauchbar für die Hebung der Lage des Arbeiterverbandes zu verächtigen. Gerade den sachlichen Arbeitern müßte es längst zum Bewußtsein gekommen sein, daß mit seinen Grundsätzen nichts für die Arbeiter anfangbar ist. Wir erinnern nur an Crimmitschau. Die Unbrauchbarkeit derselben ist allernächst erwiesen. Die Grundsätze dagegen, die wir vertreten, haben längst ihre segensreiche Wirkung bewährt, denn es sind diejenigen, die den Arbeitern erhoben haben aus dem Zustande der tiefsten Erniedrigung und Verachtung und damit auch dem Arbeiter zu seiner Menschenwürde verholfen haben. Und wenn heute manches in unserer Wirtschaftslage ist, das auch wir beklagen, dann sind wahrhaftig nicht unsere Grundsätze für diese Schäden verantwortlich zu machen, sondern der Geist, von dem auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband geleitet ist.“

Wir können hier dem Streikbrecherjunge nur zurufen: Gewiß, etwas mehr Bescheidenheit und vor allen Dingen etwas weniger Schwundel hätte die schwarze Schmeißerle schon zu Lage fördern können. Daß in Crimmitschau 7000 arme Textilarbeiter in dem gerechten Kampfe um etwas mehr Licht, Luft und Leben von der kapitalistischen Dreieinigkeit: Geldsack, Staatsgewalt und Pfaffenherrschaft, vorübergehend auf die Knie gerungen wurden, das haben nicht die Grundsätze des Deutschen Textilarbeiterverbandes verschuldet, sondern die Brutalität jener Geldsackherrschaft, welche — wie der christliche „Beratshaus“ einmal sagte — von ihrem ganzen Christentum nur noch den Lauffeier gerettet haben, die christlichen Grundsätze aber längst der Proflut wut überlassen.

Wo aber, werke schwarze Schmeißerle, wo, so fragen wir, wo ist denn die segensreiche Wirkung, von welcher du faselt und welche schon längst die Arbeiter aus dem Zustande der tiefsten Erniedrigung und Verachtung zu ihrer Menschenwürde erhoben haben soll? Wenn man auf die Gesetze der fremden Zentrumsgrößen nach Oberlesien oder die dem Zentrum angehörenden Textilarbarone des Münsterlandes blickt, Gefilde, auf denen doch die frommen Grundsätze sozusagen in Reinkultur aufbehalten, dann sieht man gerade das Gegenteil!

Doch lassen wir den katholischen Arbeitern selber das Wort. Diese werden zeigen, in welcher Weise die Zentrumspartei und ihr schwarzer Ableger, genannt katholische Fachabteilungen, die Arbeiter aus der tiefsten Erniedrigung und Verachtung zur Menschenwürde erhoben haben. Gerade zur rechten Zeit haben katholische, noch dem Zentrum angehörende Arbeiter in München-Glabbad dieser Lage folgenden Flugblatt verteilt:

Christliche Arbeiter, Christenwähler!
Sonntag, den 14. Oktober, fand in München-Glabbad im Hofe des Herrn Mannheim eine öffentliche Versammlung katholischer Arbeiter statt, welche der Zentrumspartei angehörten. Zu dieser Versammlung war der Vorstand der hiesigen Zentrums-Parteiliste schriftlich eingeladen, jedoch blieben die Herren, die sonst immer so arbeiterfreundlich sein wollen, der Versammlung fern.
Wo waren die Herren vom Parteivorstande?

neuen Praktiken der Unternehmer hinneinfallen. Jetzt glauben die Arbeiter, die Verkürzung der Arbeitszeit sei schuld daran, daß sie wieder weniger verdienen. Um das System, durch das die Arbeiter zum Vorteil der Unternehmer ausgenutzt werden, bekümmern sich die Arbeiter, am wenigsten die weiblichen, nicht sonderlich.

Nach einer anderen Arbeitsmethode in der Spinnerei Ravensberg verdient hier beschäftigt zu werden. Die männlichen Arbeiter in der Hecherei, die sogenannten Epilier, die mit Handhebeln den Fiasch von der Hebe reinigen müssen, der dann erst in der Maschinenhecherei vollständig verarbeitet werden kann, müssen diese Arbeit mit den Händen ausführen, wie ja schon der Name Handhechler besagt. Es ist nun verboten, mit mehreren Handvölk zu arbeiten, weil dann der Fiasch nicht die notwendige Reinigung erhält. Wenn aber diese Arbeiter einigermaßen zu einem Verdienst kommen wollen, sind sie gezwungen, mehrere Handvölk zu nehmen. Es wird nun in letzter Zeit durch die „Energie“ des Herrn Spinnmeisters Radius mit Regensaugen darüber gewacht, daß nicht „betrogen“ wird. Wenn die Firma nun so rigoros vorgeht, obwohl es ihr doch bekannt ist, daß die Arbeiter zu dem sogenannten „Betrogensystem“ greifen müßten, wenn sie etwas verdienen wollen, dann ist es ihre verdammte Pflicht, diese Arbeit auch besser zu bezahlen. Die Firma kann ja doch wohl eher einen kleinen Ausfall am Profit erleiden, als wie die Arbeiter.

Das ist nur ein Beispiel, herausgegriffen aus der großen Zahl der Betriebe, wo es nicht anders macht. So trübe wie in dem angezeigten Fall sehen die Verhältnisse der Arbeiter überall aus, wo die Ausnutzung der Arbeitskräfte bis ins Kleinste durchgeführt ist. Hohe Verdienste der Unternehmer und immer magere Verdienste für die Arbeiter bei größerer Leistung. Interessant ist auch, wie in letzter Zeit schon versucht wird, die Desfektlichkeit über die zu erwartenden Gewinne aus Anlaß der Hochkonjunktur zu täuschen. Vor einiger Zeit ging schon eine Beschäftigungsnotiz durch die bürgerlichen Mütter, die Aktionäre der Spinnerei Ravensberg müßten sich über die zu erwartenden hohen Dividenden nicht zu sehr freuen; diese würden nicht so ausnahmsweise hoch ausfallen, weil die Preise für Rohprodukte immer noch im Steigen begriffen seien.

Gewiß hängt in der Textilindustrie die Konjunktur sehr von den Preisen der Rohstoffe mit ab. Die Preise der Rohstoffe wiederum sind den Witterungsverhältnissen, dem Ausfall der Ernte, wie bei Baumwolle, Fiasch, Seide usw. unterworfen. Aber nach den Marktberichten der Börse liegt keine große Veranlassung vor zur Klage, es möchte denn sein, daß der russische Fiaschbau durch die dortigen Verhältnisse Einbuße erleidet. Aber daß durch die ungeheure Zollserhöhung durch den deutschen Zolltarif die Rohstoffe verteuert sind, verschweigt man der Desfektlichkeit.

Fort mit den Fabrik-Spartassen!

Eine ganz besonders gefährliche Spezies des Wohlstandswindels sind die in neuerer Zeit immer mehr ins Leben gerufenen Fabrik-Spartassen. Sind die Hungerlöhne der Textilarbeiter schon an sich so niedrig, daß es sich, wenn man seinen Körper gesund erhalten will, von vornherein verbietet, noch etwas davon zu sparen, so ist die Fabrik-Spartasse obendrein der ungenügendste Ort dazu, den Spargroschen, den man sich abgehungert hat, hinzutragen. Die meisten Arbeiter übersehen ganz und gar, daß das Unternehmertum von heute doch von vornherein den Arbeitslohn so knapp bemessen hat, daß er nur zur Erhaltung der dringendsten Lebensbedürfnisse reichen soll. Tatsächlich ist das gegenwärtig garnicht einmal der Fall. Wenn die Textilarbeiter ein Leben führen wollen, bei dem sie darauf Bedacht nehmen, sich ihre Gesundheit und Körperkraft zu erhalten, so ist ihnen das bei den gegenwärtigen Löhnen und Lebensmittelpreisen unmöglich. Die Arbeiter sollen aber in erster Linie danach trachten, sich eine Nahrung und Erholung zu beschaffen, die es ihnen ermöglicht, dem Körper die Kräfte wieder zurückzugeben, welche sie ihm bei der Arbeit genommen haben. Der verstorbene Professor Abbs hielt einmal in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft in Jena einen Vortrag, in dem er auch auf die Erhaltung der Körperkraft zu sprechen kam. Dazu machte er folgende Ausführungen: „Wenn jemand seinem Körper Tag für Tag ein bestimmtes Quantum Arbeitskraft entzieht, so muß er danach trachten, seinem Körper durch Ruhe und Ernährung immer wieder so viel Kraft zuzuführen, wie er ihm bei der Arbeit genommen hat. Tut er das nicht, so muß eines schönen Tages bei ihm daselbst eintreten, wie bei einem Kaufmann, der täglich mehr ausgibt, als er einnimmt. Sein Verlust mehrt sich, und er muß bankrott machen.“

Das hier von Professor Abbs Gesagte trifft den Nagel auf den Kopf. Es sollte deshalb ein jeder Arbeiter danach trachten, die heutigen unzureichenden Löhne zu verbessern. Anstatt dessen aber können wir sehen, wie die Arbeiter durch angebliches Sparen die unzureichenden Löhne noch unzureichender machen. Ist das denn ein Sparen, wenn man an den Zinsen etwas erübrigt, dafür aber vom Kapital um so mehr zuseht? Man würde einen Mann, der 100 000 Mk. im Vermögen hat und dafür 4000 Mk. Zinsen bekommt, für einen tüpeltastigen Narren halten, wenn er von den 4000 Mk. Zinsen vielleicht 1000 Mk. sparte, dafür aber von den 100 000 Mk. jährlich 5000 Mk. zuseht. Gerade so ist das Sparen der Arbeiter an den zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft ungenügenden Löhnen zu beurteilen. Die Arbeitskraft ist das einzige Kapital der Arbeiter. Dieses Kapital sich zu erhalten, müßte die erste Sorge des Arbeiters sein. Spart er dagegen an den Hungerlöhnen, dann hilft er den Raub an der Arbeitskraft noch vergrößern. Nehmen wir an, ein 25 Jahre alter Arbeiter spart an zu sparen, indem er sich jährlich 100 Mk. abhungert. In 10 Jahren hat er aber durch die ungenügende Ernährung seine Arbeitskraft zu Grunde gerichtet. Eine Tatsache, welche in der Textilindustrie sehr häufig anzutreffen ist. Nun hat er zwar 1000 Mk. gespart, und doch ist er bankrott. Die 1000 Mk. bringen ihm höchstens 50 Mk. Zinsen pro Jahr, und davon kann er nicht leben. Dagegen hat sein Nachbar die Dummheit nicht gemacht, und nicht gespart. Er hat nun zwar in den 10 Jahren keine 1000 Mk. zusammengehungert, aber er ist doch weit wohlhabender als sein Kollege mit den 1000 Mk. Denn wo jener nur 50 Mk. zu verleben hat, weil er seine Arbeitskraft zuseht, ist er noch im Vollbesitz seiner Arbeitskraft und kann sich und seine Familie ernähren.

Geradezu unverständlich aber ist es, wenn die Arbeiter, die sich noch etwas abhungern, das abgehungerte Geld in die Fabrik-Spartasse tragen. Dadurch geben sie dem Unternehmer nur Veranlassung, die Hungerlöhne noch weiter zu reduzieren. Denn wenn dieser sieht, wieviel die Arbeiter Geld in die Spartasse bringen, so regt sich die Prostitution. Es entstehen Zweifel bei ihm, ob er den Arbeitern nicht etwa zu viel Lohn bezahlt. Die Zweifel verdrängen sich schließlich zu dem Entschluß, doch einmal die Löhne zu revidieren. Und er legt sich hin und „revidiert“. Und siehe da, er findet plötzlich, daß hier und da noch etwas abgezwickelt werden kann. Die Arbeiter, die also von ihren Hungerlöhnen sparten, sparten in Wirklichkeit, wie Figuren

zeigt, nur für den Unternehmer. Wer sich in einer so glücklichen Lage befindet, sich etwas erübrigen zu können, ohne seine Gesundheit zu schädigen, nun der Begehe nicht die Dummheit und trage es dem Fabrikanten hin, sondern er lege es in die Stadt- oder Kreis-Spartasse. Wenn er auch schließlich 1—2 Prozent weniger Zinsen bekommt, als in der Fabrik-Spartasse, so haben diese 1—2 Prozent mehr Zinsen den Schaden, der den Arbeitern durch Lohnreduzierungen droht, bei weitem nicht auf. Ferner ist hier auch noch zu berücksichtigen, daß der Ueberfluß, den die Stadt- oder Kreis-Spartasse erzielt, wieder für die Stadt oder den Kreis verwendet wird und daß um diesen Gewinnbetrag weniger Steuern gezahlt zu werden brauchen. Die Fabrik-Spartassen sind aber noch in anderer wie der schon betrachteten Beziehung für die Arbeiter schädlich. Nehmen wir den Fall, die Arbeiter stellen eine höhere Lohnforderung und begründen diese damit, daß die bisherigen Löhne nicht ausreichen. Der Unternehmer würde kommen und sagen: „Was, ihr sagt, die bisherigen Löhne reichen nicht aus? Da kommt einmal mit, ich werde euch einmal zeigen, was meine Arbeiter von den jetzigen Löhnen noch sparen können!“ Und vorbei ist's mit der Lohnhöhe. Kommt es dann zu einem Kampfe, und die Arbeiter brauchen ihr erspartes Geld, dann bekommen sie es häufig nicht einmal heraus, weil dann in der Regel die Kündigungsfristen streng eingehalten werden. Deshalb also weg mit den Fabrik-Spartassen! Sie sind nur zum Schaden für die Arbeiter geschaffen, und es ist geradezu empörend, wenn man sieht, für wie viele manche Unternehmer die Arbeiter halten.

Als man sich in der Jute-Fabrik in Landsberg a. d. W. auch mit dem Projekt einer Fabrik-Spartasse beschäftigte, wurde diese Ertragschaft zweifelhafter Art den Arbeitern damit schmachtend zu machen gesucht, daß man ihnen in einem Ulas versicherte, daß alle die reichen Leute von heute durch Sparen zu ihrem Gelde gekommen seien. Die Landsberger sind aber keine Koepenider und lassen sich nicht so leicht einen Bären aufbinden. Man rechnete den Landsberger Arbeitern vor, daß, wer wöchentlich eine Mark hinterlege, im Jahre 52 Mk. er spare. Auf Grund dieses Landsberger Sparetempels läßt es sich nun auch erfreulicherweise sehr leicht begreifen, wenn ein Textilarbeiter in die so verlockende Lage kommt, Millionär zu werden. Wir haben uns hingeseht und gefunden, daß nur die Kleinigkeit von 19 250 Jahren erforderlich ist, um als Textilarbeiter mit einer Mark Spareinlage pro Jahr zu einem solchen Krösus zu werden. Gar mancher unserer Kollegen wird ein langes Geschäft machen, wenn er die Konsequenz der Landsberger Sparechnung vor sich stellt. Und wir wissen, daß jeder sofort zum ungläubigen Thomas werden und sagen wird, na, demnach sind die reichen Leute von heute nicht durch Sparen zu ihrem Gelde gekommen. Solche Märchen kann man in der Tat nur Menschen mit Koepenider Leichtgläubigkeit als wahr unterbreiten. Nein! Die reichen Leute von heute sind dadurch zu ihrem Gelde gekommen, daß sie mit wenigen Ausnahmen an der Erde zu arbeiten stehen beziehentlich den Arbeitern einen erheblichen Teil ihres Arbeitsertrages vorzuentziehen und in den eigenen Sack stecken. Man kann das ja alle Tage sehen. Unsere Textilbarone stecken vielfach in einem einzigen Jahre eine halbe bis eine ganze Million und mehr von dem Arbeitsertrage der Arbeiter in ihre Tasche.

Durch Sparen an seinen Hungerlöhnen wird der deutsche Textilarbeiter niemals zu Wohlstand, wohl aber um so schneller ins Elend kommen. Nur dadurch kann seine elende Lebenslage gebessert werden, daß er sich mit seinen Kollegen und Kollegen vereinigt und mit Hilfe des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter den Textilbaronen den Teil der Beute abnimmt, den diese bisher immer den Arbeitern von ihrem Arbeitsertrag genommen haben.

Streik bei Müller u. Kaufmann in Görlitz!

Seit dem 9. Mai dieses Jahres stehen die Weberinnen bei der Firma Müller und Kaufmann in einer Lohnbewegung. Seit Jahren wurden schon Klagen laut über die immer länger werdenden Stülde. Niemand wußte und weiß heute: wie lang ist das Stück? Kam es doch vor, daß Stülde, die 100 Meter lang sein sollten, höchstens 105 Meter, nicht weniger als 125 — über 130 Meter lang waren, ohne daß es dafür mehr Lohn gab als den Stücklohn. Die Löhne sind äußerst niedrig, jedoch männliche Personen überhaupt nicht existieren können und fast garnicht angenommen werden. Das Strafsystem ist rigoros. Hatte da der Ueberzieher mal ein kleines Fleckchen gefunden, gab es Strafe mit dem Bemerkten: „Sie müssen die Flecke rausmachen.“ Wurden die Flecke dann rausgemacht, gab es Strafe, weil sie rausgemacht worden waren. Auch war es bisher üblich, daß die Weberinnen die ganze Fabrik reinigen mußten: scheuern, Fenster putzen, alles unentgeltlich.

- Nach einer Anzahl Versammlungen wurden nun folgende Forderungen eingereicht:
1. Bezahlung nach Metern und Anschaffung von Meterbänken.
 2. Bezahlung bei unverschuldetem Warten, dem Durchschnittsverdienst entsprechend.
 3. Festlegung der zehnstündigen Arbeitszeit.
 4. Anhängen eines Lohn tariffs in den Webstühlen.
 5. Achtstündige Lohnzahlung.

Die 14 tägige Lohnzahlung im Betriebe wird noch dadurch verschärft, daß Sonnabends Wochenlohn ist und erst nächsten Freitag darauf der Lohn gezahlt wird für die bis Sonnabend zuvor abgelieferte Ware.

Die große Bescheidenheit, die in obigen Forderungen zum Ausdruck kam, wurde schlecht belohnt.

Die junge Witwe des verstorbenen Fabrikbesizers Kaufmann, die nunmehr allein regiert, ging mit Maßregelungen schärfster Art gegen die Arbeiterschaft vor. Da Frau Kaufmann auch ein jämliches Eingehen auf die fünf gestellten Forderungen abgelehnt hatte, stand der Streik in sicherer Aussicht. Da die Arbeiterschaft kein Mittel unversucht lassen wollte, ging der Gauleiter Fritsch am 28. Oktober, vormittags, zum Igl. Gewerbeinspektor Wedel, um diesen um Vermittlung anzurufen. Herr Wedel ging bereitwillig darauf ein. Fritsch erhielt von ihm einige annehmbare Zugeständnisse, als Herr Wedel von der Frau Kaufmann zurückkam. Es war bewilligt worden: Bezahlung nach Metern. Das Stück soll 100 Meter lang sein. Die Hauptforderung: Bezahlung nach Metern, war nach der Vermittlung des Gewerbeinspektors bewilligt. (Die Bezahlung bei unverschuldetem Warten, welches oft tagelang gedauert hatte, war abgelehnt worden. Die zehnstündige Arbeitszeit, die jetzt besteht, sollte beibehalten werden.) Das Anhängen eines Lohn tariffs in den Webstühlen wurde ebenfalls bewilligt. Die achtstündige Lohnzahlung war abgelehnt worden, jedoch war auch hier Frau Kaufmann entgegengekommen, indem sie jedem Arbeiter in der Woche in der keine Lohnzahlung stattfindet, 5 Mk. Vorschuß auszahlen lassen wollte. Ferner wurde zwischen Fritsch und dem Herrn Gewerbeinspektor besprochen, von Frau Kaufmann eine Erklärung zu verlangen, nach der wegen der Lohnbewegung niemand mehr entlassen werden dürfe. Es war

nämlich das Gerücht in der Fabrik verbreitet, daß der Betriebsleiter gelagt hätte, es würden noch weitere Entlassungen vorgenommen. Diese Neuerung wurde entschieden bestritten vom Herrn Betriebsleiter. Trotz aller dieser Abmachungen erklärte Herr Obermeister Kölden, daß gar nichts bewilligt sei. Fritsch habe in der Versammlung im Konzerthaus gelogen. Eine ziemlich Aufregung bemächtigte sich der Arbeiterschaft, die noch gesteigert wurde, als ein Schreiben des Herrn Gewerbeinspektors Wedel in den Webstühlen angeschlossen wurde, welches u. a. besagte, daß der Gauleiter Fritsch aus Liegnitz in der Versammlung im Konzerthaus neben anderen Unrichtigkeiten vollständig der Wahrheit zuwider erklärt habe, daß Frau Kaufmann dem Gewerbeinspektor unter Ehrenwort die Erfüllung aller Zugeständnisse versichert hätte.

Es kam jedoch noch besser. Vor Feierabend wurden ein Kollege und drei Kolleginnen ins Kontor bestellt, wo sie sofort unter Vorauszahlung von 14 Tagen Lohn entlassen wurden. Unter den Entlassenen war die Kollegin Großer, die 23 Jahre zur Zufriedenheit im Betriebe gearbeitet hat. Diese Entlassung ist um so schlimmer, da Kollegin Großer Mitglied des Arbeiterausschusses war und sie innerhalb einer Woche schon das zweite Arbeiterversammlungsglied war, welches entlassen wurde. Das Schluß dem Falsch der Boden aus! Am Montag morgen begab sich der Gauleiter Fritsch, diesmal in Begleitung des Vorsitzenden der Görlitzer Fiktale, Kollegen Bressel, zum Gewerbeinspektor. Hier wurde nun festgestellt, daß Fritsch wahrheitsgetreu in der Versammlung berichtet hatte. Der Herr Gewerbeinspektor betonte immer, er hätte aus ganz zuverlässiger Quelle seine Mitteilungen von unserer Freitagerversammlung bekommen. Frau Kaufmann hätte sich ehrenwörtlich verpflichtet, alle Zugeständnisse durchzuführen, so sollte Fritsch gesagt haben, während Fritsch die Wirklichkeit gesagt hatte: „Wenn zwei Personen, wie Frau Kaufmann und der Herr Gewerbeinspektor, sich gegenseitig etwas versprechen, so müsse man doch annehmen, daß das als Ehrenwort zu betrachten sei.“ Nun machte Kollege Bressel den Vorschlag, daß der Gewerbeinspektor nochmals zur Frau Kaufmann ginge und alles, was zugestanden sei, schriftlich bringe. Wenn ferner die letzten Maßregelungen zurückgenommen würden, sei es möglich, daß der Streik verhindert werden könne. Der Herr Gewerbeinspektor war sofort bereit, sein möglichstes zu tun. Fritsch und Bressel wurden auf nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr wieder bestellt. Aber wie war ihr Erstaunen, als ihnen vom Schreiber des Gewerbeinspektors erklärt wurde, daß weder der Herr Gewerbeinspektor, noch die Frau Kaufmann ihnen gegenüber eine Erklärung abgegeben! Im Verlauf des weiteren Gesprächs erzählte der Herr Gewerbeinspektor, daß er den Versammlungsbericht vom Freitag stenographisch aufgenommen habe! Das war also die zuverlässigste Quelle des Herrn Gewerbeinspektors. Dieser zuverlässige Berichterstatter kam nun Montag abend in die Versammlung im Caféhof zum „Kronprinzen“. Er wurde hinausgewiesen, und die Versammlung machten ihrem Herzen in ungewohnter Weise Luft. Die stark besuchte Versammlung nahm den Bericht von Fritsch und Bressel entgegen und faßte daraufhin den Beschluß, sofort in den Ausstand zu treten. Die Ausständigen verlangen eine schriftliche Erklärung, daß die gemachten Zugeständnisse durchgeführt werden und daß die Maßregelungen zurückgenommen werden.

Am Dienstag den 30. Oktober traten daraufhin 172 Weberinnen und 6 Weberinnen in den Ausstand. Obgleich die Firma die ganze Umgebung mit Zeitungsinseraten überschwemmt, ist doch niemand gekommen. Leider ist ein Teil der Weberinnen stehen geblieben, jedoch dadurch der gerechte Kampf unnütz erschwert wird. Da aber die besten und tüchtigsten Weberinnen im Streik stehen, so wird die Firma hoffentlich bald nachgeben. D. Fr.

Rechtsanwalt Tiege als Kläger vor dem Schöffengericht Crimmitschau.

Die Genossen Fiedler in Crimmitschau und Pehla in Zwickau hatten sich vor dem genannten Schöffengericht wegen öffentlicher Beleidigung des juristischen Beirats (Synodus) will der Herr nicht sein) des Fabrikantenvereins in Crimmitschau zu verantworten. Begangen sollten sie die Beleidigungen haben in zwei Artikeln im „Sächs. Volksblatt“. Der Scharfmacher von Crimmitschau vor dem Forum der „Deffentlichkeit“ und „Was geht vor in der Textilbranche in Crimmitschau?“ Die Nummer, welche den erlängten Artikel enthielt, war von Fiedler gezeichnet. Fiedler bekennet sich als Verfasser des erlängten Artikels. Er habe sich verpflichtet gefühlt, in energischer Weise gegen Tiege vorzugehen, nachdem derselbe in unehrerlicher Weise gegen ihn vorgegangen sei und ihm sogar Feigheit vorgeworfen habe.

Weiter machte Fiedler Ausführungen über die zahlreichen Prozesse, worin Rechtsanwalt Tiege als Vertreter der Fabrikanten fungierte. Tiege habe stets jeden Vergleich hintertrieben, oder es wurden die Vergleichsvorschläge von ihm so formuliert, daß sie von der gegnerischen Seite unannehmbar waren.

Hier stellt auch zwischen durch Rechtsanwalt Heine fest, daß in einem Prozeß Hecht-Schmidt es beinahe zu einem Vergleich gekommen wäre, nur auf Zureden Tieges habe Herr Schmidt den Vergleich abgelehnt. Es handelte sich damals um eine Bagatelle, um einen winzigen Kostenbetrag. Der Vorstehende stellt nunmehr die Herrn Tiege zur Last gelegten Behauptungen über die Herr Tiege zur Last gelegten Behauptungen es sich um einen kleinen Betrag. In der Klagesache Walter gegen Koch hatte Herr Tiege 172 Mark aufgesetzt, das Gericht strich ihm 88 Mark. Es wurde festgestellt, daß Herr Tiege das Urteil verächtlich hatte, ehe er noch dazu berechtigt war. Es mußte ihm also der gesamte Betrag für die Publikation geltend gemacht werden.

Eine große Rolle spielt auch ein Betrag von 23 Mark, die Herr Tiege für eine Reise nach Zwickau gefordert habe, was moniert wurde, insoweit er auch nicht das Geld erhielt. In Sachen Müller und Metz gegen Fuchs waren von Tiege 545 Mark 10 Pfennige festgesetzt. Auf eingelegte Beschwerde sind ihm von dieser Summe 387 Mark 60 Pfennige gestrichen worden.

Tiege entgegnete hierzu, daß er den Betrag für die Reise nach Zwickau mit Recht fordern konnte. In Sachen Müller und Metz gegen Fuchs sei seine Festsetzung ganz und gar einwandfrei, weil das ursprüngliche Klageobjekt (aber von ihm!) auf 20 000 Mk. angegeben war, das sich allerdings nach späteren Feststellungen auf 1800 Mk. ermäßigte.

In Sachen Holmann gegen Pokorny hatte Tiege 112 Mark aufgesetzt, hiervon wurden 54 Mark gestrichen. Hier handelte es sich um die „berühmten“ Massenklagen, wo Tiege glaubte, für jeden einzelnen Fall Gebühren zu erheben, in Wahrheit es aber nur für eine Gesamtklage tun konnte. Der nächste Fall betrifft wieder eine sogenannte Massenklage, Hase gegen Hecht. Von der von Tiege geforderten Summe im Betrage von 1083 Mark 80 Pfennigen wurden 708 Mark 70 Pfennige gestrichen. Hier hat Tiege 78 mal in

darauf hingewiesen, daß die Wahl zum Gewerbegericht am 26. November stattfindet. Ferner wurde beschlossen, das Flugblatt „Werk- und Leitworte für organisierte Arbeiter“ in 100 Exemplaren anzufertigen und an die Mitglieder abzugeben. Alsdann hielt Herr Happe einen Vortrag über: „Die materielle und geistige Macht unserer sozialen Bewegung“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Unter „Verschiedenes“ wurde der Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer in der vom Vorstand vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Schiffahrt. (Versammlungsbericht. Am 3. November fand im Lokale des Herrn Bohlmann unsere 1. Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Kollege Döbler erklärte den Kollegen in kurzer und sachlicher Weise die Beschlüsse der Zukunftsversammlung. Kollege Welsch gab noch über einige Punkte Aufklärung. Da sich keiner der Anwesenden zur Diskussion meldete, konnte man annehmen, daß die Kollegen mit den Beschlüssen der Konferenz einverstanden sind. Punkt „Verschiedenes“ brachte einige Beschwerden aus der hiesigen Dividendenquetsche zu Tage. Wir wollen aber vorläufig von der Veröffentlichung der Namen derjenigen Herren Vorgesetzten Abstand nehmen, die mit den Arbeitern umgehen wie mit einem Stück Vieh. Sollten sich aber die Herren nicht eines Besseren besinnen, so werden wir deutlicher werden müssen. Ein Antrag, eine Hausagitation vorzunehmen, fand Annahme. Der Vorstand versprach, den Mitgliedern seine ganze Kraft zu widmen, um die neugegründete Filiale hoch zu bringen. Darum rufen wir den noch fernstehenden Arbeitsbrüdern und Schwestern zu: Organisiert euch! Tretet der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Verbandes bei!

Stein i. Margau. Die Textilarbeiterversammlung, welche am verwichenen Sonntag den 4. November hier stattfand, erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Herr Arbeitersekretär Grimm aus Basel sprach in andertthalbstündiger Rede über: „Die Vorgänge bei dem nun seit drei Wochen begelegten Posamentierstreik in Basel und St. Ludwig i. C.“ Der Redner bezeichnete diesen Streik als einen Akt der Notwehr von Seiten der Arbeiterklasse und beleuchtete die Erfolge dieses Streiks nicht nur für die direkt beteiligte Arbeiterklasse, sondern auch für die übrigen in der Bandbranche, namentlich bei der Gesellschaft für Bandfabrikation Beschäftigten. Zum Schluß empfahl er den Beitritt in den freien Textilarbeiterverband, welche Organisation allein in der Lage sei — da sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehe — für die Arbeiterklasse Ersprießliches zu leisten. Seidenweber Kagnier aus Waldshut referierte dann noch über Einführung von Einheitslohnstarifen in der Seidenindustrie, welche Ausführungen sowohl als diejenigen des Vortragners sicherlich auf fruchtbarem Boden gefallen sind, was der von Seiten der Versammelten gependete Beifall bezeugte.

Merano. Am Sonnabend den 3. November sprach hier Gauleiter K. Hugo Dressel-Reichenbach über: „Unternehmer- und Arbeiterorganisation“. Die Diskussion war eine sehr lebhafte, und in seinem Schlußwort gab der Referent auf verschiedene Anfragen hin die nötige Aufklärung und ging mit den christlichen Verbänden scharf ins Gericht. „Wir müssen durch den Kampf uns bei dem Unternehmertum Achtung zu verschaffen suchen.“ Das war der Gipfel seiner Ausführungen. Zur Aufnahme hatten sich 15 neue Mitglieder gemeldet. Den Klassenbericht gab Kollege K. r. u. g. Der Bevollmächtigte gab auf verschiedene Anfragen hin, ob wir Betriebe haben, in denen noch elf Stunden gearbeitet wird, die nötige Aufklärung. Die Firma Karl Baumgärtel zählte jetzt denselben Lohn an die Spinnerarbeiter, wie er in den meisten Betrieben gezahlt wird. Am 28. November findet die Generalversammlung der Ortskrankenkasse statt. Es wird, da ein sehr wichtiger Punkt mit auf der Tagesordnung steht, den Vertretern zur Pflicht gemacht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Posamentiererbewegung.

Berlin II. In der letzten Mitgliederversammlung hielt Kollege Brüggemann einen Lehrreichen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Lohnbewegung der Gold- und Silberseifenarbeiter im Bezirk Nürnberg“. (Da über dieselbe feinerzeit im „Textilarbeiter“ ausführlich berichtet wurde, erübrigt es sich wohl, hier näher darauf einzugehen.) In seinen Schlussausführungen richtete der Referent die Aufforderung an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallseifenindustrie, der Organisation beizutreten. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte, in der einzelne Mißstände und besonders das laue Verhalten der in oben genannter Branche Beschäftigten scharf kritisiert wurde. Betont wurde auch, daß man auf Befestigung des Affordsystems hinarbeiten müsse. Wie bekannt, befinden sich die Wiener Posamentenarbeiter im Streik resp. Absperrung. Da man vermutet, daß in Berlin indirekt Streikarbeit angefertigt wird, beschloß eine Vertrauensmännerversammlung einstimmig, zu Gunsten der Wiener Gehilfen, die Werkstunden zu verweigern, und zwar solange, bis in Wien die Bewegung beendet sein wird. Dieser Beschluß wurde einstimmig von der sehr zahlreich besuchten Versammlung angenommen.

Hamburg. In der letzt abgehaltenen, zahlreich besuchten Mitgliederversammlung wurde unter anderen Punkten der Tagesordnung auch dem Punkte 3: Lehrlingswesen, ein ganz besonderes Interesse entgegengebracht. Es wurde gezeigt, auf welche unzulängliche Art die Vehlunge in der Branche ausgebildet werden, und daß ihre Behandlung, wie Kost und Logis reformbedürftig sind. Die armen Jungen werden vor den hiesigen „Krautern“ aus dem Waisenhaus angenommen. Sie werden im höchsten Grade ausgenutzt, wodurch es den Kleinmeistern eine Kleinigkeit ist, durch billige Arbeitskräfte Konkurrenz zu treiben. Und besonders kommen hier die Herren Krauter in Frage, welche sich gern um die Angelegenheiten der Gehilfen kümmern, für ihre eigenen Angelegenheiten aber weniger Interesse zeigen, wie Figura zeigt. Gleichzeitig möchten wir aber doch den Kollegen Grund dringend ersuchen, endlich einmal seinen Verpflichtungen der Filiale Hamburg gegenüber nachzukommen. Wir ersuchen die Kollegen, welche mit ihm zusammen arbeiten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Mißstände im Textilgewerbe.

In Bismarck, in der Spinnerei Chartreuse, ist in letzter Zeit ein öffentliches Mißverhältnis für die Arbeiter angebracht worden. Solche Einrichtung widerspricht allen sittlich-moralischen Gefühlen. Wir sind keine Sittlichkeitsapostel, aber auch hier ist eine Grenze. Zur Beleuchtung der Arbeitsräume dient Oelgas, was nur Licht von der Leuchtkraft einer Wachskerze verbreitet. Bei solchem Licht wird von den Spinnern und Webern tadellose Arbeit verlangt.

In Elmshorn werden in der Weberei hohe Strafen für Fehler vom Lohne in Abzug gebracht. Die Weber kommen bei dem schlechten Material, das zur Verarbeitung gelangt, nur auf einen sehr geringen Lohn, weshalb es zwischen ihnen und der Fabrikleitung oft zu Differenzen kommt. Es dürften bald wieder neue Forderungen gestellt werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Textilarbeiter-Majus beabsichtigen, in eine Lohnbewegung einzutreten und ersuchen um Fernhaltung des Zugangs.

Weber und Weberinnen streiken in Laß (Baden). Die Unternehmer setzten — auf Beschluß des Verbandes Süddeutscher Textilarbeiter, wie sie angeben — für die Arbeiter eine Prämie aus, die weiterarbeiten und keinem Verbands beizutreten sind. „Diejenigen Arbeiter, die sich nachträglich entschließen, aus ihren Verbänden auszutreten, können bei uns“, heißt es in einer Bekanntmachung, „sofort Arbeit finden und erhalten, im Falle es nur möglich ist, mit denselben unseren Betrieb auch nur in beschränktem Maße aufnehmen zu können, diese Prämie ebenfalls.“ Sollten sich nicht genug Arbeitswillige finden, um den Betrieb aufrechterhalten zu können, so erhalten die sich zur Arbeit Meldenden vom Arbeitgeberverband mindestens dieselbe Unterstützung, wie sie von ihrem Verbands bekommen würden. „Wer von unseren Arbeiter gesonnen ist, sich unter diesen Bedingungen uns anzuschließen, kann sich sofort bei uns melden“, schreibt die Firma Kiefer, Schaaf u. Schöbler. Das werden die Arbeiter wohl hübsch bleiben lassen, denn sie haben lange genug zur Firma gehalten, ohne dafür entsprechend belohnt worden zu sein. Wer bürgt ihnen denn auch dafür, daß sie wirklich Unterstützung bekommen? Das Ziel der Unternehmer ist ja auch nicht, die Unterstützung zu zahlen, sondern sozial Abtrünnige zu bekommen, daß der Betrieb fortgesetzt werden kann und die Unterstützung nicht gezahlt zu werden braucht. Die Arbeiter hätten dann freilich noch Anspruch auf die „Prämie“. Wie hoch dieselbe sein würde, müßten sie abwarten, darüber sagt der Mas nichts, ja, er sagt nicht einmal, worin die Prämie bestehen soll. Unter solchen Umständen werden die Arbeiter nicht auf den Leim gehen, ganz abgesehen davon, daß sie doch streiken, um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu erzwingen, nicht, um sich durch unverbindliche Versprechungen und ohne ihr Ziel erreicht zu haben, wieder in den Betrieb hineinlocken zu lassen. Noch weniger werden sie sich aus der Organisation herauslocken lassen, die ihnen erst Kraft und Sicherheit gab, den Kampf aufzunehmen, um die Selbstherrlichkeit des Chefs, Herrn Krebs, zu brechen.

Gerade Herr Krebs, ausgerechnet Herr Krebs von der Firma Kiefer, Schaaf und Schöbler, verdient am allerwenigsten, daß ihm zuliebe die Arbeiter aus ihrer Organisation laufen und durch das Judasgeld des Fabrikantenvereins zu Verrätern an ihren Arbeitsbrüdern und Schwestern werden. Man muß es gesehen und gehört haben, wie dieser Herr mit seinen Arbeitern umgesprungen ist. Der Mann, der Anspruch auf Bildung erhebt, fällt den Arbeitern sofort in schroffer Weise mit den unqualifizierbarsten Redensarten ins Wort, wenn sie ihn auffuchen, um ihm ihre Beschwerden vorzubringen. Mit Redensarten, wie: „Bringen Sie mir doch nicht solchen Dreß vor“, oder: „Quatschen Sie doch keinen Dreß“, schneidet er ihnen das Wort ab. Wenn sie wegen schlechten Materials reklamieren und erzählen wollen, daß sie unmöglich mit dem Lohne leben können, erklärt er ihnen kaltblütig: „Auch die schlechtesten Zettel müssen gemacht werden.“ Und solche Fabrikanten erdreisten sich, ihre so drangalierten Arbeiter in der Weise, daß sie zum Verräter an sich und ihren Kollegen werden sollen, anjubeln, nur wieder arbeiten zu kommen! Nein, dazu werden sich die Lahrer Textilarbeiter niemals erniedrigen, sondern nach wie vor treu zur Fahne halten.

Streik war bei einer Textilfirma in Erlangen, der schließlich nach kurzer Dauer durch Einigungsverhandlungen wieder beigelegt wurde, nachdem seitens der Firma versprochen worden war, einige Entlassene wieder einzustellen; die übrigen sollen gleichfalls nach einiger Zeit wieder wegen Einstellung anfragen. Die Ausständigen waren der Ansicht, daß die Entlassenen nur fremden Arbeitern Platz machen sollten, eine Ausnahme, für die jedoch kein Beweis zu erbringen war.

Der Ausstand der Möbelstoffweber bei Dahl u. Hunsche in Barmen ist nun doch beendet worden; die Ausständigen haben sich schließlich doch mit den ihnen gemachten Zugeständnissen zufriedengegeben.

Der Ausstand der Textilarbeiter der Firma Thomas Hofmann in Mühlberg ist beendet; die Arbeiter sind mit den erzielten Zugeständnissen zufrieden, umso mehr, als die anderen Firmen bereits versprochen haben, dieselben Löhne zu zahlen, wie die Firma Hofmann. Indessen schweben darüber noch Verhandlungen.

Gewerkschaftliches.

Tarifvertrag und Koalitionspflicht im Deutschen Buchdruckgewerbe. Unter dieser Spitzmarke bespricht Dr. Jastrow im „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ die Abmachungen der Buchdrucker mit der Unternehmerorganisation. Er hat gegen den Tarifvertrag an sich nichts einzuwenden, umso mehr aber gegen den abgezeichneten Organisationsvertrag. Auf den ersten Blick habe es etwas Verlockendes, die Anerkennung der Organisation, um die sozial gerungen sei, hier mit einem Schläge in höchster Vollendung vor sich zu sehen. Doch dieser Organisationszwang begnüge sich nicht mit der Anerkennung, die im Buchdruckgewerbe ja auch längst vollzogen war, sondern jede der beiden Organisationen wolle innerhalb ihres Machtbereichs der anderen die Alleinherrschaft einräumen. Und wenn auch in dem Organisationsvertrage von der Zulassung anderer Organisationen hypothetisch die Rede sei, so habe dies praktisch einwilligen keine Bedeutung. Ein Zustand, wie der hier angestrebte, sei in Amerika in weitem Umfange verwirklicht. Dort sei die Unterscheidung zwischen Union shops, d. h. Fabriken, in denen nur Organisierte arbeiten, und open shops, d. h. solchen, in denen nur Nichtorganisierte arbeiten, ganz alltäglich. Aber die Entwicklung, welche die amerikanischen Gewerkschaften unter der Herrschaft dieser Unterscheidung genommen hätten, reizt sehr wenig zur Nachahmung. Die amerikanischen Gewerkschaften entwickelten sich immer mehr zu einer Arbeiteraristokratie, die mit Einzelne alles von sich fernhalte, was unter ihrem Lebensniveau liege. Das beschwöre aber die Gefahr herauf, daß die Streikbrecher sich ihrerseits auch organisierten, und in Amerika könnte man es sehr gut eines Tages erleben, daß eine Organisation der Streikbrecher für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen einträte und die organisierten Gewerkschaften als organisierte Arbeiteraristokratie ihr gegenüberständen. — Würde die vorgeschlagene Koalitionspflicht durchgeführt und die Gewerkschaft beherrschte den Arbeitsmarkt, so würde ein Arbeiter, der von seiner Gewerkschaft ausgeschlossen würde, brotlos sein; er müßte entweder einen anderen Beruf ergreifen oder aus Deutschland auswandern: das letztere wäre für ihn der einzige Ausweg, wenn eine ähnliche Organisation in allen Gewerben durchgeführt wäre. Jastrow hält diese Strafe der Verbannung für ungerecht. Dagegen ließe sich aber wohl einwenden, daß sich niemand so zu betragen brauchte, daß er aus der Organisation ausgeschlossen würde. Auch die Gegenorganisation brauchte und könnte nicht entstehen, wenn sich jeder Buchdrucker pflichtgemäß der bestehenden Buchdruckerorganisation anschloße. Die Buch-

drucker wissen auch, daß ihren Tarifabmachungen nicht leicht oder garnicht für alle Buchdrucker — auch die nichtorganisierten — Geltung verschafft werden kann, glaubten daher, in den lauren Apfel beißen zu müssen, die Tarifabmachungen nur für die Organisierten auf beiden Seiten gelten zu lassen. Das hat für sie auch den Nutzen, daß sich jeder ihrer Organisation anschließen muß, der unter den tariflichen Abmachungen arbeiten will. Bedenklicher erscheint auf den ersten Blick ihre Verpflichtung, den unorganisierten Unternehmer, bei dem sie unter denselben Bedingungen arbeiten, zu zwingen, seiner, der Unternehmerorganisation, beizutreten. Eine Stärkung dieser ist ja gleichbedeutend mit einer Schwächung ihrer eigenen Organisation — so könnte man meinen. In Wirklichkeit tritt aber hier das Gegenteil ein. Beide Organisationen befinden sich nicht mehr miteinander in Kampf, sondern treten als gleichwertige Kontrahenten auf. Die Mitglieder der Unternehmerorganisation sind an den Tarifvertrag gebunden, die anderen nicht. Nur wenn auch diese in die Unternehmerorganisation hineingezwungen werden, ist den Gehilfen die Bürgschaft gegeben, daß auch diese Unternehmer die Tarifvereinbarungen halten. Das erleichtert den Gehilfen die Einhaltung der Verpflichtung, in keiner Drucker unter dem Tarif zu arbeiten. Was wir an den beiderseitigen Abmachungen anzusehen haben, ist nur die lange Dauer des Vertrages, die Mäßigkeit des Ertrugenen und die Schadenserfahrligkeit, die sich die Gehilfenorganisation für gewisse Fälle auferlegt hat. Die letztere namentlich muß umso selbstamer anmuten, als die englischen Gewerkschaften alle Anstrengungen machten, sich von dieser Verpflichtung zu befreien, die ihnen mit Hilfe eines veralteten Gesetzes von einigen Gerichten auferlegt wurde, und weil auch in Deutschland genug berufene Stimmen dagegen laut wurden, die Unternehmer Schadenserfahrligkeit zu machen, weil sonst leicht der Spieß umgedreht und diese die Arbeiter schadenserfahrlig machen könnten. Zwar sind trotzdem von Arbeiterseite Schadenserfahrsprüche geltend gemacht worden — zum Teil mit Erfolg —, und die Unternehmer haben solche Prozesse gegen Arbeiter bezw. ihre Organisation angestrengt, doch ist das kein Grund, sich auf Arbeiterseite die Schadenserfahrligkeit durch Vereinbarungen von Organisation zu Organisation aufzuerlegen.

Soziales.

Soziale Rechtsprechung. Hat der wegen Arbeitsversummung am 1. Mai später entlassene Arbeiter den infolge seiner Entlassung entstandenen Schaden zu ersetzen? Diese Frage ist vom Gewerbegericht Hamburg durch Urteil am 27. Juni 1906 bejaht worden. 142 Schauerleute waren von der Hamburg-Amerika-Linie auf Schadenserlag verklagt, und jeder von ihnen ist zur Zahlung von 18 Mark verurteilt worden. Nach der Urteilsbegründung waren die Verklagten nicht berechtigt, ohne Erlaubnis von der Arbeit fernzubleiben. Sie hatten durch dieses den Arbeitsvertrag verletzt und durften deshalb am 2. Mai, als sie sich zum Wiederantritt der Arbeit meldeten, entlassen werden. Da sie ihre Entlassung verschuldet hatten, sind sie auch zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der der Klägerin durch ihre Abwesenheit von der Arbeitsstätte entstand. Der Einwand der Verklagten, daß von ihnen eine fixierte Entschädigung in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes für jeden Tag des Kontraktbruches, und zwar höchstens für eine Woche, also von jedem 18 Mark, gefordert werden könnte, wurde von dem Gericht als verkehrt erachtet. Der hier angezogene § 124 b der Gewerbeordnung solle den Fall treffen, wo ein Arbeiter seinerseits rechtswidrig seine Stellung ganz verläßt. Der Fall liege hier nicht vor. Verklagte hatten ja garnicht die Absicht, ihr Arbeitsverhältnis mit der Klägerin zu lösen, sie wollten nur vorübergehend der Arbeit fernbleiben, und das Arbeitsverhältnis ist deshalb seitens der Klägerin gelöst worden. „Nebst dem irren sich Verklagte auch, wenn sie glauben, daß nach § 124 b der kontraktbrüchige Teil ein Recht darauf habe, höchstens die dort fixierte Entschädigung zu zahlen. Im Gegenteil hat der vertragstreue Teil die Wahl, ob er vom vertragsbrüchigen Teil seinen wirklichen Schaden verlangen oder sich mit der fixierten Entschädigung des § 124 b begnügen will.“ Da aber die Klägerin schließlich ihren Anspruch auf 18 Mark pro Verklagten ermäßigte, erfolgte die Beurteilung nur in dieser Höhe — das macht auf die 142 Verklagten 1556 Mark. Nach der Auslegung, die § 124 b der Gewerbeordnung hier fand, hätten die 142 Arbeiter zur Zahlung von 12000 Mark, die von der Klägerin gefordert waren, verurteilt werden müssen, wenn diese ihren Anspruch nicht ermäßigt hätte. — Die prinzipielle Frage, ob in diesem Falle die Verklagten überhaupt schadenserfahrlig seien, war schon vorher durch ein Zwischenurteil zu ihren Ungunsten entschieden worden.

Gerichtliches.

Eine harte Strafe hat das Landgericht Dresden über einen Arbeiter Hänel verhängt, dem eine schwere Körperverletzung zur Last gelegt wurde, die er bei einem Streik begangen haben sollte. H. bestritt dieselbe, schrieb aber an einige Arbeiter, die bei dem Vorfall zugegen gewesen waren, Briefe, in denen er ihnen nahelegte, daß sie sich doch des Vorganges näher erinnern und durch gegenseitige Aussprache ihr Gedächtnis auffrischen möchten. Außerdem schrieb er noch: „Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir mit unseren Zeugen gegen die Gehilfen nicht aufkommen könnten.“

Diese Briefschreiber sollte für Hänel zum Verhängnis werden. Ein Adressat, der Arbeiter Bommel, fand in einem solchen Briefe etwas Unerlaubtes; er lief damit zur Staatsanwaltschaft. Und der Tatbestand zur Erhebung einer Anklage wegen versuchter Verleitung zum Meineid war gegeben, und Hänel hatte sich nun deshalb vor dem Landgericht Dresden zu verantworten.

Nach umfangreicher Beweisaufnahme wurde er für schuldig befunden und zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt wegen versuchter Verleitung zum Meineid. Ebenso gut könnte man aber annehmen, daß H. nur die Wahrheit ermitteln wollte.

Technisches.

Eine neue Umwälzung in der Technik der Textilindustrie. In der Aktiengesellschaft für Baumwollspinnerei und Weberei in Kleinmünchen sind seit einiger Zeit automatische Webstühle nach einem neu erfundenen System probeweise in Tätigkeit, welche nach dem einstimmigen Urteil erster Sachautoritäten einen sensationellen Fortschritt auf dem Gebiete der mechanischen Weberei bedeuten. Die neuen Maschinen machen eine Menge Arbeitskräfte überflüssig. Die Wiener Unionbank hat die neue Erfindung zur kapitalistischen Ausbeutung übernommen.

Textilarbeiter Deutschlands! Müßt ihr euch zum Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit, denn wie diese Notiz beweist, macht der automatische Webstuhl unvermeidbare Fortschritte.